

# ISOR aktuell

Mitteilungsblatt  
der Initiativgemeinschaft  
zum Schutz der sozialen Rechte  
ehemaliger Angehöriger  
bewaffneter Organe und  
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Nummer 11/2019 ★ 27. Jahrgang ★ Infopreis 0,00 Euro ★ November 2019

## Kein Ende der Hexenjagd

Wolfgang Schmidt, Geschäftsführer der ISOR e.V.

Am 26.9.2019 beschloss der Deutsche Bundestag gegen die Stimmen der Partei DIE LINKE, die im Stasi-Unterlagengesetz festgelegte Regelüberprüfung auf „Stasi-Mitarbeit“ um weitere 10 Jahre auf dann insgesamt 40 Jahre zu verlängern.

Verdeckt durch parlamentarisches Geschwätz über Akteneinsicht als Errungenschaft der friedlichen Revolution und über den Mut der sog. Bürgerrechtler wurde damit beschlossen, die Stigmatisierung, Ausgrenzung und Diskriminierung der ehemaligen hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiter des MfS auch nach 30 Jahren nicht zu beenden und vermutlich bis in alle Ewigkeit fortzuführen.

Selbst Schwerstkriminelle (außer bei lebenslänglichen Haftstrafen und Sicherungsverwahrung) können darauf vertrauen, dass ihre Vorstrafen nach spätestens 20 Jahren aus dem zentralen Strafregister gelöscht werden. Das entspricht dem humanistischen Anliegen, auch solchen Menschen die Chance der Wiedereingliederung in die Gesellschaft, auf Resozialisierung, einzuräumen.

Für „MfS-Täter“ gilt das nicht, obwohl sie sich fast ausnahmslos keinerlei Verbrechen schuldig gemacht, gesetzestreu verhalten, anstatt Leichenbergen nur Aktenberge hinterlassen und durch ihr besonnenes Verhalten den friedlichen Verlauf des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR überhaupt erst ermöglicht haben. Nach Erkenntnissen der GRH sind nach 1990 nur 2 (in Worten: zwei) ehemalige MfS-Angehörige wegen ihrer Tätigkeit im MfS zu Strafen mit Freiheitsentzug verurteilt worden. Noch nicht einmal Erich Mielke wurde für seine Tätigkeit als Minister für Staatssicherheit angeklagt und verurteilt, sondern nach Gestapo-Akten aus dem Jahr 1931. (Einer gesonderten Betrachtung bedarf die gnadenlose Verfolgung und Verurteilung mehrerer hundert DDR-Kundschafter im Westen – ein Schandmal im Prozess der Herstellung der deutschen Einheit). Nahezu alle Anschuldigungen gegen das MfS und seine Mitarbeiter sind moralisierender Art. Ihnen werden heuchlerisch Praktiken vorgeworfen, die allesamt auch zum Arsenal der „freiheitlich-demokratischen“ Geheimdienste des



DIE TAGESZEITUNG  
**junge Welt**  
Drei Wochen kostenlos  
[www.jungewelt.de/probeabo](http://www.jungewelt.de/probeabo)  
☎ 0 30/53 63 55-50

Westens gehören. (Bespitzelung, Überwachung und natürlich immer wieder „Zersetzung“). Während aber Zersetzungsmaßnahmen des MfS auf einen überschaubar kleinen Personenkreis, vorwiegend führende Köpfe und Strukturen der sog. politischen Opposition (noch im Juni 1989 zählten die unter dem Dach der evangelischen Kirchen in der DDR etablierten Gruppen nur ca. 2.500 Personen) beschränkt blieben, betrieben und betreiben westliche Geheimdienste Zersetzung und Desinformation in weit größerem Stil. So wurden durch die Geheimdienste in den 60er Jahren ganze maoistische Parteien gegründet und gesteuert, um die kommunistische Bewegung zu zersetzen, in den 80er Jahren wurde die Friedensbewegung unterwandert, um den Einfluss der „moskautreuen“ Weltfriedensbewegung zu eliminieren. Heute muss sich die Bewegung „Fridays for Future“ gegen Zersetzungsversuche wappnen. Erst kürzlich kam es in Berlin zu Anschlägen auf Bahnanlagen, deren Verursacher sich zu Sympathisanten von F4F erklärten, möglicherweise eine zur Diskreditierung angelegte geheimdienstliche Inszenierung. Der Dauerstreit unter Linken hat sicherlich vielfältige Ursachen. Dass Geheimdienste mit ihren V-Leuten dabei engagiert und aktiv mitmischen, kann aber mit Sicherheit vorausgesetzt werden. Zersetzung wird im heutigen System nicht nur von Geheimdiensten - mitunter aber von diesen assistiert - in erheblichem Maße auch im Bereich der Politik und Medien betrieben. Davon zeugen z.B. die Schlammschlachten im US-amerikanischen Wahlkampf oder beim Brexit, die Rufmordkampagnen der BILD-Zeitung oder Desinformationen des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“. („Der Spiegel“ soll übrigens 1947 mit maßgeblicher Unterstützung der erfahrenen und starken Desinformationsabteilung des britischen Geheimdienstes MI 6 gegründet worden sein.)

Die angeblich totale Überwachung der Bevölkerung der DDR, die seitens des MfS weder vorgesehen noch überhaupt möglich war, wird konterkariert durch die heutigen Möglichkeiten der Geheimdienste, die unter Nutzung der Ergebnisse der digitalen Revolution die Überwachung der Bevölkerung tatsächlich total gestalten können. Kein Computer, kein Telefon, kein Handy, keine Web-Kamera, kein GPS-System, ist vor dem

geheimdienstlichen Zugriff sicher. Wem das noch nicht reicht, der kann sich eine „Alexa“ anschaffen oder seine Haushaltsgeräte digital vernetzen. Das Internet und soziale Netzwerke liefern den Geheimdiensten selbst intimste private Informationen.

Eingeleitet wurde die betreffende Bundestagsdebatte am 26.9. durch eine auf Antrag der AfD anberaumte aktuelle Stunde. Sie gestaltete sich zu einem Schmierentheater, bei dem sich die AfD mit der Forderung der Erhaltung der Gauck-Behörde in ihrer jetzigen Form als Vollender der friedlichen Revolution und Anwalt der „Opfer“ zu profilieren suchte. Die Vertreter der anderen Parteien wiesen diesen Versuch empört zurück und betonten, dass die für 2021 (zum Ende der Amtszeit von Roland Jahn) geplante Überführung der MfS-Akten als separater eigenständiger Teil in das Bundesarchiv das Ziel verfolge, den Aktenbestand dauerhaft zu sichern und den Zugang zu ihm, insbesondere durch die Digitalisierung, noch schneller und besser zu ermöglichen. An der Möglichkeit der Akteneinsicht werde sich nichts ändern. Auch die Konzentration der Akten auf Länderebene diene lediglich der besseren Aufbewahrung in neu zu errichtenden oder baulich verbesserten Archiven. Auskunftsstellen in den ehemaligen Bezirken der DDR würden bürgernah erhalten und selbst das Zusammensetzen zerrissener Akten oder die Praxis der Schwärzung bei Auskunftserteilung werde fortgeführt. Die Funktion des Bundesbeauftragten solle zur Funktion eines Beauftragten für „DDR-Opfer“ und die Forschung noch stärker mit der Nutzung der Archive der Parteien und Massenorganisationen und der Staatsorgane der DDR koordiniert werden, um „einen breiteren Blick auf den Unrechtsstaat DDR“ zu erhalten.

Der AfD-Abgeordnete Stephan Brandner verstieg sich in dieser Debatte zu der ungeheuerlichen Aussage, dass der Sozialismus in all seinen Schattierungen - ob brauner roter oder grüner Sozialismus – eine verbrecherische und menschenverachtende Ideologie sei. Zuvor hatte ein anderer AfD-Abgeordneter die Partei DIE LINKE „als geistige und moralische Erbin der Mauerschützenpartei SED“ diffamiert. Bei der Nähe seiner Partei zur faschistischen Ideologie hätte Brandner wissen können, dass Hitler in seinem Buch „Mein Kampf“ die Vernichtung des „Bolschewismus“ noch vor die Vernichtung des Judentums gestellt hatte. Der sozialdemokratische Abgeordnete Helge Lindh distanzierte sich scharf von diesem Beitrag und verwies u.a. auf die kommunistischen und sozialdemokratischen Opfer des Nazi-Regimes. Da Brandner auch Vorsitzender des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz des Deutschen

Bundestages ist, verwundert es nicht, dass diesem Ausschuss die rechtsstaatlich völlig unhaltbare Behandlung der MfS-Angehörigen nicht aufgefallen ist. Die von ISOR e.V. in dieser Sache angeschriebene Antidiskriminierungsstelle des Bundes hatte es noch nicht einmal nötig, den Eingang des Schreibens zu bestätigen.

Nachdem sich die AfD bisher beim MfS-Thema erstaunlich zurückgehalten hat, dürfte nun deutlich geworden sein, wofür sie wirklich steht. Ein Antrag der AfD zur Ächtung der Antifa ist glücklicherweise nicht angenommen worden.

Der kulturpolitischen Sprecherin der Partei DIE LINKE, Simone Barrientos, kommt das Verdienst zu, allein auf weiter Flur, eine notwendige Verschlichung und Normalisierung bei diesem Thema angemahnt und auf die gegenseitige Wechselwirkung in der Geschichte beider deutscher Staaten hingewiesen zu haben. Die Beibehaltung der Regelanfrage stelle alle Ostdeutschen unter einen Generalverdacht, sei Ausdruck eines latenten Misstrauens gegen Ostdeutsche und der Arroganz der Westdeutschen ihnen gegenüber.

Wenn die Vorsitzende des Kulturausschusses im Deutschen Bundestag, Katrin Budde, vorrechnete, dass die Regelüberprüfung nötig sei, da auch 1989 25-Jährige mit dem MfS „verstrickt“ sein und sich als 55-Jährige im öffentlichen Dienst oder für eine höhere Position bewerben könnten, ist das fern jeder Realität. Wer bewirbt sich noch mit 55 Jahren? Wer befördert werden will, ist bereits mindestens einmal, oft sogar schon mehrmals überprüft worden. Das auch noch Ältere für das Bundesverdienstkreuz vorgeschlagen werden könnten stimmt zwar, doch sollten dabei nicht messbare Verdienste um die BRD den Ausschlag geben? Offenbar geht es also doch hauptsächlich um die Pflege eines lieb gewordenen Feinbildes.

Und noch etwas ist zu beachten: Wenn argumentiert wird, dass es notwendig sei, Grundvertrauen in staatliches Handeln zu garantieren und höchstmögliche Transparenz herzustellen, so soll damit vergessen gemacht werden, wer denn in der Vergangenheit schon alles dem bundesdeutschen Staat gedient und ihn vertreten hat. Das Braunschweig der DDR gibt konkrete Auskunft, in welchem Umfang belastete Nazis, ehemalige Angehörige verbrecherischer Organisationen und selbst international gesuchte Kriegsverbrecher keineswegs nur in untergeordneten Positionen im bundesdeutschen Staatsdienst standen.

Besser als Matthias Krauß in seinem Buch „Die große Freiheit ist es nicht geworden“ (Verlag „Das Neue Berlin“, Berlin 2019) kann man es nicht beschreiben:

**Leseprobe aus dem Kapitel „Hexe, Jude, Stasi-IM“** Drei deutsche Verfolgungssphären im Vergleich – zehn essenzielle Gemeinsamkeiten. (Seiten 233,234)

„...Die westdeutsche Gesellschaft hat mit diesen Stasi-IMs die große Chance der Reinigung. Sie reinigt sich so vor Gott und der Welt von der Schuld, die Abrechnung mit den Nazi-Tätern zielbewusst hintertrieben zu haben. Jeder im politischen und publizistischen Bereich Tätige weiß um diese Schande, die die westdeutsche Demokratie – und nicht die ostdeutsche Diktatur – über das deutsche Volk gebracht hat, als sie nach 1945 die uferlosen Verbrechen der Nazizeit mit dem nachträglichen Schutz der Täter noch ergänzt und erweitert hat. An dieser Stelle besteht ein äußerst dringendes Reinigungsbedürfnis. Und am IM der Stasi kann es exekutiert werden. Zu lange musste Westdeutschland darauf warten, sich als gereinigt und damit erhöht präsentieren zu können. Was diese Gesellschaft zielbewusst und in vollem Einverständnis mit sich selbst an den Nazi-Tätern unterlassen hatte, das exekutierte sie nach 1990 am DDR-Geheimdienst und seinen Helfern. Auf diese Weise büßen die IM der Staatssicherheit für Auschwitz, so absurd das klingt. Hier büßt der Eierdieb, was am Massenmörder bewusst versäumt wurde. Dieses befreiende Gefühl ist so übermächtig, so herrlich, so berauschend für die westdeutsche Gesellschaft, dass sie nicht davon lassen kann, wie der Säufer nicht vom Schnaps. Und auch für ostdeutsche Neubekehrte besitzt der Vorgang einen unvergleichlichen Wert: Er gibt die unbezahlbare Möglichkeit, sich abzusetzen und damit den ersten Schritt zur neuen Taufe zu gehen.“

\*

Vgl. auch die von der GRH 2019 herausgegebene Broschüre **Wahrheit und Versöhnung? Zum Umgang mit der DDR-Geschichte - 21 Fragen an den Bundesbeauftragten für die „Stasi-Unterlagen“**. Politiker, Medien und die sog. Aufarbeitungsindustrie haben es vorgezogen, diese Fragen nicht zu beantworten und totzuschweigen. (Ausnahme: „junge Welt“). Eine ehrliche Beantwortung würde einer Selbstentlarvung gleichkommen. (Bestellbar über [www.amazon.de](http://www.amazon.de))

Wolfgang Schmidt verantwortet auch die Homepage zur Geschichte des MfS: [www.mfs-insider.de](http://www.mfs-insider.de)

## Erklärung des Vorstandes der ISOR e.V. zum Terroranschlag in Halle am 9.10.2019

Mit dem gescheiterten Versuch eines Massakers an Mitgliedern der jüdischen Gemeinde in Halle hat der faschistische Terror in Deutschland, der seit 1990 196 Todesopfer forderte, einen neuen Höhepunkt erreicht. Der geständige Täter, der dabei zwei Menschen getötet und weitere z.T. schwer verletzt hat, nur weil diese ihm zufällig im Weg standen, wollte offensichtlich den von faschistischer Ideologie verblendeten Massenmördern von Norwegen, Neuseeland und Texas nacheifern und sich im Internet dafür feiern lassen. Sein Hass galt „Nicht-Weißen“, vorzugsweise Juden, die er für den „großen Austausch“ (in AfD-Terminologie: „Umvolkung“) verantwortlich macht.

Ob er diese Tat allein vorbereitet und durchgeführt hat, werden die weiteren Ermittlungen zeigen. Unbestritten ist aber, dass der Vormarsch rechtsextremer Ideologien in Deutschland und Europa mit diesem Terroranschlag in engem Zusammenhang steht. Hass und Hetze gegen andere Völker und politisch Andersdenkende, Verharmlosung und selbst Verherrlichung faschistischer Verbrechen und Traditionen

finden zunehmend Verbreitung, werden geduldet und politisch instrumentalisiert.

Die ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe können stolz darauf sein, dass sie solche Entwicklungen in der DDR nicht zugelassen und die DDR-Bevölkerung zuverlässig vor Terroranschlägen geschützt haben. Sie alle vereinen zutiefst antifaschistische Überzeugungen. Antisemitismus oder Rassismus waren und sind ihnen ebenso fremd wie Völkerhass und nationalistische Überheblichkeit.

Mit Respekt und Sympathie stehen wir an der Seite unserer jüdischen Mitbürger. Große Dankbarkeit empfinden wir gegenüber der Anwaltskanzlei Bleiberg, dem leider viel zu früh verstorbenen Mark Schippert und dem unvergessenen Prof. Axel Azzola, die 1990 mit uns den Kampf gegen das Rentenstrafrecht aufgenommen haben. Der Vorsitzende der ISOR, Horst Parton, hat in unser aller Namen gesprochen, als er unmittelbar nach dem Anschlag Rechtsanwalt Benno Bleiberg unsere Betroffenheit und unsere uneingeschränkte Solidarität übermittelt hat.

### Auch das noch

Damit niemand durcheinander kommt:

In Stuttgart wird seit einigen Jahren ein Bahnhof für die schwäb'sche Eisenbahn in einem großen Loch versenkt. Über eine Wiese nahe des märkischen Dorfes Schönefeld (Landkreis Dahme/Spree) lacht die Welt, weil dort an einem Luftbahnhof gebastelt wird, dessen Kabel sogar mit richtigen Dübeln befestigt werden sollen!

Aber auch das noch: Der Regierungssprecher verbat sich auf der Bundespressekonferenz das Lachen der Journalisten, während er bekanntgab, dass im nächsten Jahr per Gesetz die Errichtung eines deutschen Weltraumbahnhofes verfügt wird. Deutschlands Zukunft ist also nicht mehr auf dem Wasser, sondern im deutschen Weltall zu suchen. Der Vorrang vor Grubenbahn und Luftnummern erklärt sich aus der Notwendigkeit, eine zunehmende Anzahl sich wichtig haltenden Personals (m/w/d) über einen solchen All-deutschen Bahnhof auf den Mond zu schießen. Da die Passagierlisten unablässig ergänzt werden, erfolgt der Bau „nach meiner Kenntnis sofort - unverzüglich“ noch vor dem Loch und dem Wieseprojekt.

**w.k.**

### Die „Rotfuchs“-Gruppe Torgau

lädt alle Interessierten zum **14. 12. 2019, 10.30 Uhr** aus der näheren und weiteren Umgebung zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema:

**„Ein halbes Jahrhundert Frieden in Europa, das hat sich schon gelohnt.“**

Referent: Dieter W. Feuerstein

in die *Gaststätte „Mohrrübe“, Vorstädter Garten, Abfindungen Weg 0, 04860 Torgau*, ein.

Im Straßenbild der Garnisonsstädte sieht man schon mal die Feldjäger, die Militärpolizei der Bundeswehr. Das ist sicherlich nicht ungewöhnlich. Kaum Jemand wird sich die Mühe machen, die Dienstuniform genauer zu betrachten. Das sollte man aber.



Das Barett ziert ein Stern mit Adler. Inschrift: Lateinisch „*sum cuique*“. Zu Deutsch, „Jedem das Seine“.

Dieses Emblem ist dem preußischen Garde Stern, Bruststern des Schwarzen Adlerordens, nachempfunden. Er wurde 1701 vom preußischen König Friedrich I gestiftet.

Laut Majestät sollte dieser Stern „in einem achtbaren Sinne gebraucht werden“.

Mehr als 230 Jahre später sollte er eine andere Bedeutung bekommen und menschenverachtend gebraucht werden: Die deutschen Faschisten brachten ihn am Haupttor des Konzentrationslagers Buchenwald an. Dort ermordeten sie von 1937 bis 1945 mindestens 56.000 Häftlinge. Alle wurden unter diesem Spruch ins Lager getrieben.

Die Feldjäger der Bundeswehr wurden mit Aufstellungsbeehl Nr.1 vom ehemaligen Wehrmachts-General Heusinger am 6.10.1955 gegründet.

Seine militärische Karriere ist von 1915 bis 1957 lückenlos nachvollziehbar und der alte Geist in die neue Truppe getragen. Offensichtlich lebt er fort.

Für mich ist dieser Spruch am Barett eines Feldjägers der Bundeswehr, wenn auch auf Lateinisch, genauso verfassungsfeindlich, wie zum Beispiel das Hakenkreuz. Hier werden die Millionen Opfer der Nazibarbarei von 1933 – 1945 verhöhnt.

**Wilfried Steinfath**



Bernd Hartmann, TIG Barnim, nimmt Presseveröffentlichungen zu im nächsten Jahr geplanten großen NATO-Manövern mit einer gewaltigen Verlegung von US-Truppen nach Europa, namentlich nach Polen und ins Baltikum quer durch Deutschland zum Anlass und fordert: „Hier müssen wir doch Deutschlandweit etwas dagegen machen, auch mit anderen Organisationen?“ In seiner Zuschrift gibt er auch seine Telefonnummer an: 0172-9464173

\*

Unsere TIG gibt es noch in der Uckermark und darauf sind wir stolz. Es ist schon ein komisches Gefühl, wenn man miterlebt, dass sich alle unsere Nachbar-TIG aufgelöst haben, obwohl dort Führungskader organisiert waren, wie z.B. Neustrelitz, Prenzlau, Angermünde und Schwedt.

Also hat die Zusammenlegung der drei letztgenannten zur TIG Uckermark nicht das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt, sondern das Gegenteil wurde erreicht. Wir hatten in unserer

TIG diesen Vorschlag, vorrangig aus Prenzlau, in einer TIG-Versammlung gründlich auf das Für und Wider diskutiert, auch mehrfach im Vorstand. Wir kamen zu dem Entschluss, dieser Zusammenlegung aus Entfernungsründen nicht zuzustimmen und hatten uns bereiterklärt, einen Teil vom ehemaligen Kreis Angermünde bei uns zu übernehmen, was aber keinen Erfolg hatte.

Wir stehen mit unseren Einzelmitgliedern aus fünf Kreisen in enger Verbindung und suchen sie zu runden Geburtstagen durch Vorstandsmitglieder auf.

Ich habe unsere TIG zusammen mit dem ehemaligen KD-Leiter 1992 gegründet und möchte sie auch mit leider etwas dezimierten Vorstand weiterführen, so lange es die Kräfte zulassen. Die Gründungsversammlung erfolgte noch im ehemaligen VPKA Templin (...). Leider sind einige unserer aktiven Mitglieder, so auch aus dem Vorstand, zwischenzeitlich verstorben. Aber wir haben es geschafft, unseren Mitglie-

derbestand einigermaßen konstant zu halten. Im Ergebnis der zentralen Umfrage hatten wir drei Austritte.

Alle ehemaligen Volkspolizisten, auch die nicht ISOR-Mitglied waren, sind in den Genuss der Rentenerhöhung auf der Grundlage der Berechnung von Zulagen und Zuschlägen gekommen, was Anerkennung brachte. (...)

In den letzten Jahren haben wir einiges getan, um unsere Konzeption mit Leben zu erfüllen. Schon zwei Mal haben wir eine größere Veranstaltung zusammen mit der Fördergruppe RotFuchs und meiner Basisgruppe Die Linken organisiert, die gut ankam. Als Gesprächspartner konnten wir Leitungskader, wie den Genossen Dockhorn von RotFuchs gewinnen. Im Ergebnis dessen wurden neue Fördermitglieder für den RotFuchs gewonnen. In dieser Zusammensetzung treffen wir uns jedes Jahr zum Tag des Sieges über den Hitlerfaschismus am 8. Mai auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof zur Würdigung der Opfer des Zweiten Weltkrieges und anschließend mit einer kleinen Delegation am Gedenkstein für die VVN. In der Regel spricht hier unser Bürgermeister, der ebenfalls Mitglied der Linken ist.

Heinz Matzdorf, Templin

## Seniorenthemem

### Gemeinsame AG Betreuung GRH/ISOR Information Oktober 2019 zu den wichtigsten Vorsorgedokumenten.

Obwohl unsere AG in der Vergangenheit in unterschiedlichen Beiträgen wesentliche Aspekte behandelt hat, zeigt sich in Gesprächen immer noch Unsicherheit darüber, wie damit im Einzelnen umzugehen ist und vor allem, welche Rechtsfolgen damit verbunden sein können. Zudem ist es ein höchst emotionales Thema, mit dem man sich nur ungern beschäftigt und das man möglichst weit nach hinten hinausschiebt. Deshalb haben wir uns entschlossen, darauf noch einmal einzugehen und hinzuweisen, dass mit der rechtzeitigen und richtigen Vorsorge der eigene Wille vollzogen wird, wenn man selbst dazu nicht mehr in der Lage ist. Unsere nachfolgenden Hinweise sollen in einer kurzen Zusammenfassung die Bedeutung dafür unterstreichen, zur rechtzeitigen Vorsorge ermuntern und für noch mehr Klarheit darüber sorgen. Bei Gesprächsbedarf besteht bei vorheriger Anmeldung in unseren Geschäftsstellen die Möglichkeit zu persönlichen Konsultationen.

**Sollte denn jeder vorsorgen – auch ich?** Niemand muss, jeder Willensfähige ab 18 Jahren kann eine PATIENTENVERFÜGUNG

abfassen. Die Kombination mit einer einfachen und kostenfreien GESUNDHEITSVOLLMACHT (oder zumindest diese allein) ist dringend zu empfehlen. Denn Eltern, Ehegatten, erwachsene Kinder oder sonstige Angehörige haben im Fall der Fälle kein automatisches Mitsprache- oder Vertretungsrecht.

#### Wie hängen Vollmacht und Verfügung zusammen?

Die GESUNDHEITSVOLLMACHT regelt, wer den Willen des Patienten vertreten soll.

Eine PATIENTENVERFÜGUNG sagt aus, wie dieser überhaupt lautet.

Eine (Vorsorge) VOLLMACHT für finanzielle und sonstige rechtliche Angelegenheiten oder (ggf. notarielle) Generalvollmacht machen Ihre Vorsorge komplett.

Die BETREUUNGSVERFÜGUNG kommt in Frage als Alternative zur Vollmacht, wenn dafür keine Vertrauensperson zur Verfügung steht.

#### Welche Patientenverfügung ist zu empfehlen?

Die von unserer AG erarbeitete PATIENTENVERFÜGUNG basiert auf breitem medizin-ethischen Konsens und berücksichtigt die zwischenzeitlich ergangenen Urteile des BGH zur Konkretheit des Willens des Verfügenden. Natürlich kann jeder für seine individuelle PV auch die Hilfe kompetenter Patientenberater (gegen Gebühr) in Anspruch nehmen. Außerdem gibt es bei Sozialverbänden entsprechende Formularvordru-

cke bzw. Beratungs- und Hilfsangebote, die man nutzen kann. Von zu formaljuristisch, schwammig oder allgemein formulierten PV, wie sie früher üblich waren, ist heute dringend abzuraten.

#### Warum bedarf es keines Notars – wie etwa beim Testament?

Besonderer Formvorschriften wie bei Erbschaftsangelegenheiten bedarf es bei einer Patientenverfügung (PV) ausdrücklich nicht. Beim Testament (welches ja nach dem Tod in Kraft tritt) ist hingegen die handschriftliche oder die notarielle Form Voraussetzung. Die Patientenverfügung soll bzw. muss »nur« schriftlich abgefasst sein. Eine Bezeugung ist nicht erforderlich, aber empfehlenswert. Die PV sollte – ebenfalls anders als das Testament – in angemessenen Zeitabständen (etwa 2 Jahre) mit erneuter datierter Unterschrift aktualisiert werden.

#### Reicht nicht meine PV – was ist, wenn ich keinen »Vertreter« habe?

Das am 1.9.2009 in Kraft getretene »Patientenverfügungsgesetz« sieht eine Überprüfung durch den legitimierten Patientenvertreter (Bevollmächtigter oder Betreuer) vor, bevor dieser die PV zur Geltung bringt. Das heißt aber keineswegs, dass ein Sie behandelnder Arzt – wie schon immer – nicht auch unmittelbar an Ihnen im Voraus verfügbaren Willen gebunden wäre. Voraussetzung dazu ist allerdings eine besonders konkrete und aussagefähige Patientenverfügung.

### Wie steht es mit der Verantwortung des Arztes?

Der Arzt darf keinesfalls eigenmächtig über die Durchführung einer medizinischen Behandlung entscheiden. Er benötigt dazu immer die Einwilligung entweder des Patienten oder seines legitimierten Vertreters. Eine Ausnahme besteht nur in einer dringenden, lebensbedrohlichen Notfallsituation – dann kann die Einwilligung oder Nicht-Einwilligung im Nachhinein erfolgen.

### Wann ist im späteren Entscheidungsfall jedenfalls ein Gericht anzurufen?

Dies ist nur dann erforderlich, wenn der Wille des Betroffenen nicht hinreichend eindeutig zu ermitteln ist. Dies ist meist der Fall, wenn Arzt und Patientenvertreter eine (etwa zu formalistische oder schwammige) PV unterschiedlich auslegen, oder wenn es gar keine Anhaltspunkte dazu gibt, was der Betroffene gewollt oder nicht gewollt hätte.

### Wie gelangen Verfügung und Vollmacht zur Kenntnis?

Meist reicht eine HINWEISKARTE mit Namen der Bevollmächtigten in der Geldbörse, damit diese nach Kontaktaufnahme die Doku-

mente schnell beibringen können. Originale können zu Hause verwahrt werden, Kopien z. B. auch für Ihren Arzt angefertigt werden. Wer auch hier noch eine zuverlässigere Absicherung wünscht, dem sei eine Hinterlegung seiner Patientenverfügung mit NOTFALLPASS empfohlen – oder eine (zusätzliche) elektronische Registrierung seiner VOLLMACHT bei der Bundesnotarkammer.

Günter Seidel

Herbert Kranz

\*

### Hinweis der Arbeitsgruppe Recht

Die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt berücksichtigen für die Volkspolizisten, Feuerwehrleute und Strafvollzugsbedienstete das Verpflegungs- und Bekleidungsgeld als Arbeitsentgelt für die Rentenberechnung. Die Ausfertigung der neuen Entgeltbescheide wird auf Grund der Vielzahl der Anträge bei den jeweiligen Versorgungsträgern in den Innenministerien

der neuen Bundesländer bis in das Jahr 2020 dauern. In den Ländern Sachsen und Thüringen ist noch keine Entscheidung in dieser Richtung getroffen worden.

Es geht um den Zeitraum für die Nachberechnung der Rentenzahlung. Die Deutsche Rentenversicherung berechnet die Nachzahlung für 4 Jahre ab Zugang des neuen Entgeltbescheides. Wenn der neue Entgeltbescheid erst im Jahr 2020 vom Versorgungsträger an die Deutsche Rentenversicherung übergeben wird, gibt es die Nachzahlung für die Jahre 2016, 2017, 2018

und 2019. Mit dem beiliegenden Antrag, der bis zum Jahresende 2019 bei der Deutschen Rentenversicherung vorliegen muss, besteht die Möglichkeit, dass bei Übergabe des neuen Entgeltbescheides vom Versorgungsträger an die Deutsche Rentenversicherung im Jahr 2020 die Nachzahlung für die Jahre 2015, 2016, 2017, 2018 und 2019 berechnet werden kann.

Wir empfehlen jedem Anspruchsberechtigten seine Rechte mit diesem Antrag bei der Deutschen Rentenversicherung zu wahren.

Hartwig Müller TIG Köpenick

### MUSTER

Anschrift

Ort und Datum: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Tel. \_\_\_\_\_

### Deutsche Rentenversicherung

Antrag auf Neuberechnung meiner Altersrente

Versichertennummer : \_\_\_\_\_

Sehr geehrte Damen und Herren,

meine Altersrente berücksichtigt die Ansprüche nach der Sonderversorgung der Angehörigen der Deutschen Volkspolizei, der Organe der Feuerwehr und des Strafvollzuges, gemäß Anlage 2 Ziffer 2 des AAÜG.

Der Versorgungsträger des Landes \_\_\_\_\_ berücksichtigt auf der Grundlage von Urteilen der Landessozialgerichte das gezahlte Verpflegungs- bzw. Bekleidungsgeld als Arbeitsentgelt bei der Entgeltberechnung. Nach der Bearbeitung meines Antrages wird der Versorgungsträger den neuen Entgeltbescheid der Deutschen Rentenversicherung zur Neuberechnung meiner Altersrente übergeben.

Unter diesen Bedingungen beantrage ich nach § 44 des SGB X die Neuberechnung meiner Altersrente und die Nachzahlung ab Rentenbeginn.

Mit freundlichen Grüßen

\_\_\_\_\_

## Aus unserer Postmappe

### Immer wieder Unrechtsstaat DDR

Seit 30 Jahren wird mir immer wieder gebetsmühlenartig eingetrichtert, dass ich bedauernswerter Weise in einem Unrechtsstaat geboren wurde und verdammt war, dort 40 Jahre lang zu leben und zu leiden. Ich bin selbst erschrocken, dass diese Erkenntnisvermittlung nicht früher möglich war und sie will auch heute nicht so richtig gelingen. Ministerpräsidentin Manuela Schwesig deutete nun zaghaft an, dass der Begriff Unrechtsstaat vielleicht doch nicht so ganz richtig sei. Aber gleich darauf folgt von CDU – Mann Rehberg ein christliches Donnerwetter. Er weiß es eben besser.

Ist die gesellschaftliche Entwicklung der DDR für viele Politiker immer noch so gefährlich, dass man selbst nach 30 Jahren nicht auf ihre Verunglimpfung verzichten kann?

Was ist denn nun ein Unrechtsstaat? Nach dieser Definition habe ich jede Menge Literatur durchforscht. Auf Sachebene bin ich nicht fündig geworden. Diese Begrifflichkeit ist sowohl im Staats- als auch im Völkerrecht nicht definiert.

Dieser Begriff ist ausschließlich als politischer Kampfbegriff gebräuchlich. Hier wird er sehr oft benutzt, um den politischen Gegner zu verunglimpfen, und zwar immer dann, wenn der politischen Argumentation die Sachebene abhandengekommen ist. „Unrechtsstaat“ ist also nur ein Vehikel für unfaire, sachstandslose politische Argumentation und offenbart lediglich die Ohnmacht der Agitatoren.

Lenin wusste schon: „Jedes Recht besteht in der Anwendung von gleichem Maßstab auf gleiche Individuen“.

Aber ist das auch in unser heutigen BRD so? Würde ich bei Betrugereien wirklich so sanft behandelt wie beispielsweise die Großkonzerne der Autoindustrie?

Oder ein Beispiel, das mich heute noch sehr berührt. Ein Brief vom damaligen Bundesfinanzminister Theo Weigel an die Treuhand. Sinngemäß sicherte er Haftungsabschluss bei grober Fahrlässigkeit zu. (Der vollständige Wortlaut ist nachlesbar in dem Buch von Otto Köhler: „Die große Enteignung. Wie die Treuhand eine Volkswirtschaft liquidierte.“)

Ich kann doch aber nur Haftungsabschluss gewähren, wenn ich von vornherein strafbares Handeln erwarte. Soll denn das nun eine zu befürwortende Rechtstaatlichkeit auf Ministerialebene sein? Oder ist es vielleicht die zunehmende Kluft zwischen Armen und Reichen?

Es gibt ausreichend Ereignisse auch aus der jüngsten deutschen Geschichte, bei denen man gut tut auf diesen Blödsinn mit Rechts- oder Unrechtsstaat zu verzichten.

Nun können nicht alle Politiker auch Juristen sein, aber sie sollten wissen, dass Glaubwürdig-

keit verschwindet, wenn in der Argumentation der Unsachlichkeit dem Vorrang gegeben wird. Ich bleibe also optimistisch und erwarte eine zunehmend qualifiziertere politische Diskussions-ebene, auf der Grundlage fundierter Sachkenntnis.

Jürgen Barz, Wismar

\*

Warum ich mir nicht mehr zumute, die Meppener Tagespost zu lesen.

Als ein Bürger, der 40 Jahre in der DDR aufgewachsen ist und nun schon 30 Jahre im geeinten Deutschland lebt, kann ich mir ein Urteil über beide Systeme und den Stand der Einheit erlauben. Als politisch sehr interessierter Mensch lese ich meine Tageszeitung, die Meppener Tagespost, täglich sehr aufmerksam. Meine Meinung habe ich in vielen Leserbriefen der Zeitung mitgeteilt. Nun kann ich aus folgenden Gründen die Zeitung nicht mehr lesen:

1. Die Berichterstattung über Russland und China erfolgt einseitig und in der Regel mit negativem Inhalt. Man gewinnt den Eindruck, dass der Journalist unbedingt etwas Negatives berichten muss. Es soll sich beim Leser eine negative Haltung zu den Russen und Chinesen entwickeln, oder soll Hass geschürt werden? (...)

China feierte seine Erfolge, auch den Bau des weltweit größten Flughafens in nur vier Jahren. Aber in der Zeitung folgt sofort der Hinweis auf die Kulturrevolution und wie viel Leute ihr Heim verloren beim Bau des Flughafens.

Folgt man dieser Logik, dann müsste bei der Berichterstattung über den Bau des Berliner Flughafens der Hinweis kommen auf die Nazi-Vergangenheit Deutschlands.

Wenn in Hongkong ein Vermummungsverbot in Kraft tritt, ist dies für meine Zeitung ein Rückgriff auf koloniale Zeiten und wird kritisiert. Aber kein Wort, dass es auch bei uns ein Vermummungsverbot gibt und vermummte Demonstranten die Gewalt der Polizei verspüren und festgenommen werden.

2. Die Berichterstattung über die DDR beschränkt sich auf Mauerbau, Stasi und Unrechtsstaat. Etwas Positives gab es nach meiner Zeitung in der DDR nicht. Wie soll die Einheit gelingen, wenn die Leistungen der DDR-Bürger, die sie in der DDR vollbrachten, als Taten für einen Unrechtsstaat verteufelt werden?

Selbst wenn über Künstler berichtet wird, die in Ost und West aufgetreten sind, erfährt der Leser nur etwas über seine Erfolge in der Bundesrepublik. Zum Tod von Karel Gott war in der Zeitung nur zu lesen, wie viel Erfolge er in der BRD hatte, in welchen Sendungen er auftrat. Dass er auch in der DDR ein geliebter und erfolgreicher Sänger und besonders im

Kessel Buntes ein Star war, erfährt der Leser nicht.

Zum Tag der Deutschen Einheit erscheint am 1.10.19 eine ganze Seite über Roland Jahn und seine negativen Erfahrungen mit dem Staat. Eine Selbstdarstellung.

Der Berliner Fernsehturm wurde 50 Jahre und ist ein Beispiel, dass etwas Gutes aus der DDR die Wellen des Plattmachens überstanden hat und heute von allen Deutschen genutzt wird. Die Meppener Tagespost macht was Negatives draus, „Ein Prestige-Objekt der DDR“.

Die Einheit ist in den Köpfen der Journalisten noch nicht angekommen und als Ossi fühle ich mich zweitklassig, man hat nichts Erwähnenswertes erlebt und ist kulturlos aufgewachsen.

3. Meine Leserbriefe werden selten veröffentlicht. Das kann man bei der Vielzahl der Zuschriften verstehen. Der Platz reicht nicht aus, höchstens für eine Sonderseite mit negativem Inhalt über die DDR. Bei lokalen Themen ist dies anders. Wenn da ein Baum gefällt werden soll, gibt es Diskussionen über Tage.

Meine Leserbriefe berühren die Themen Russland, China und DDR und dies ist in der Meppener Tagespost nicht erwünscht. Und wird ein Leserbrief veröffentlicht, dann werden positive Passagen gestrichen. Dies alles ist das Recht der Redaktion, was ich akzeptieren muss, aber nicht mehr will.

D. Winderlich, Haren/Ems

\*

In der Nummer 8/2019 von **ISOR aktuell** lese ich die Zuschrift von Peter Blechschmidt aus Chemnitz – Fritz Schmenkel-Partisan und Held – und bin davon sehr berührt.

Die Politverwaltungen des Leipziger Militärbezirkes der NVA und des Belorussischen MB der Sowjetarmee führten eine langjährige enge Beziehung. Unter vielen Erlebnissen und Erfahrungen bleibt mir der Besuch der Gedenkstätte für Fritz Schmenkel in Minsk in steter Erinnerung. Wir besuchten das Haus, in dem er von entmenschten SS-Schergen „verhört“, d.h. bestialisch zu Tode gequält wurde.

Es war vor Jahren, als ich die Wehrmachtausstellung besuchte und im Gästebuch meine Empörung zum Ausdruck brachte. Einige Tage später kam ein Anruf vom *mdr*-Rundfunk. Ich sagte einem Interview-Ersuchen zu. Es kam eine junge Frau, die in Westdeutschland aufgewachsen war.

Ich konnte meine Empörung über die Wehrmachtausstellung mit vielen Verbrehen der Wehrmacht in der Sowjetunion untermauern; die Stätten kannte ich aus der Zeit des zweimaligen Studiums in der UdSSR. Die junge Frau war über vieles erstaunt und stellte mir die Frage, ob ich denn nicht auch

anständige Soldaten der Wehrmacht kennen würde. Ich konnte ihr eine positive Antwort geben und nannte Namen wie Heinz Keßler, Fritz Schmenkel und weitere. Mit Schmenkel konnte sie nichts anfangen. Schon gar nicht, dass er einer der wenigen ehemaligen deutschen Wehrmachtangehörigen gewesen ist, der posthum als Held der Sowjetunion geehrt wurde. Männer, wie diese u. v. a kämpften gegen die Faschisten und haben die Sowjetmenschen glauben lassen, dass es auch im faschistischen Deutschland Menschen gab, die die Ehre ihres Volkes verteidigten.

Die junge Journalistin verließ nachdenklich meine Wohnung. Vielen Dank an Peter Blechschmidt für seinen Fritz Schmenkel ehrenden Artikel.

**Mit solidarischen Grüßen Heinz Bilan**

\*

Im Rahmen einer anlässlich des 25. Jahrestages des Abzugs der sowjetisch/russischen Truppen aus Deutschland erweiterten Ausstellung im Deutsch-Russischen Museum in Berlin-Karlsdorf fand am 24. Oktober eine Podiumsdiskussion mit dem Thema „Deutsch-Sowjetische Waffenbrüderschaft in der DDR. Ein militärisches Konzept oder Propaganda?“ statt.

Besucher dieser Gesprächsrunde waren überwiegend Mitglieder von ISOR und des Verbandes zur Pflege der Tradition der NVA und der Grenztruppen der DDR.

Die Gastredner stellten einhellig heraus, dass die politische und militärische Zusammenarbeit zwischen den Angehörigen der GSSD/Westgruppe und denen der NVA einer gemeinsamen Zielstellung folgte. Es ging um die Erhaltung des Friedens. Die sich dabei entwickelnden freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Armeeinghörigen wurden unterschiedlich gelebt und ausgestaltet. Die vom Museumsdirektor eingeworfenen Argumente und Fragestellungen wie: Gab es eine auf gleicher Augenhöhe bestehende Zusammenarbeit? Gab es in der DDR eine Mi-

litarisierung der Gesellschaft? Und sogar die Medaille für Waffenbrüderschaft rückte in den Fokus, da sie angeblich mit dem Kochgeschirr verteilt worden ist. Nicht nur die Gastredner widersprachen energisch, sondern auch im Publikum gab es adäquate Reaktionen.

Die durch Gorbatschow zu verantwortenden Zerfallsprozesse in der Sowjetunion und die damit einhergehenden Auflösungserscheinungen in den anderen Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages wurden von beiden Gastrednern als Niederlagen eingestuft, die alternativ andere Lösungen verdient hätten. So wurde auch herausgearbeitet, dass mit der Auflösung der NVA die falsche deutsche Armee aufgelöst wurde und der Abzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland, als Schmach und Schande in Russland empfunden wird und immer noch in diesem Sinne nachhallt. Der abschließende Gedanke des Museumsdirektors, dass es Gorbatschow zu verdanken ist, dass es zahlreiche Abrüstungsinitiativen seitens der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten Staaten gab, ist eine Feststellung, die nicht infrage steht.

Wenn man die Entwicklung nach dem Zerfall der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Vertrages als Militärpakt analysiert, kommt man nicht an der Feststellung vorbei, dass die Existenz der Sowjetunion und ihrer Verbündeten ein starker Garant für die Erhaltung des Weltfriedens war. Ich bin überzeugt, dass die Außenpolitik der Russischen Föderation an diese Erkenntnisse anknüpft

Am 19. November wird es eine weitere Podiumsdiskussion zum Thema „DIE FREUNDE“. Wie war das Verhältnis zwischen DDR und sowjetischen Besatzungstruppen? geben. Seitens der Museumsdirektion steht das Angebot, ab 17 Uhr für ältere und gesundheitlich beeinträchtigte Vereinsmitglieder des Traditionsverbandes und von ISOR, eine gesonderte Führung durch die Ausstellung zu gestalten.

**Lothar Schlüter**

## Lesenswert

Henry Nitschke

### „Die Spionageabwehr der DDR II – von der Armee bis in die zentralen Staatsorgane“

edition berolina, Berlin  
ISBN 978-3-95841-104-3  
1151 Seiten, Preis 20 Euro

Nach der erfolgreichen Edition von Band I, in dem die Hauptrichtungen, Mittel und Methoden der umfassenden Spionage westlicher Geheimdienste gegen die DDR und die Konzeption der federführenden HA II im MfS zur Spionageabwehr geschildert wurden, werden im nun erschienen Band II (gleicher Umfang, gleicher Preis!) erneut sehr detailliert, objektiv, sachlich und wahrheitsgemäß die Spionage gegen wichtige Bereiche der DDR und die Organisation der Abwehr durch die Dienstleistungen des MfS in Kooperation mit anderen staatlichen Organen und gesellschaftlichen Einrichtungen der DDR analysiert.

Dazu zählen vor allem die NVA und die Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD), der zentrale Staatsapparat, speziell die Schutz- und Sicherheitsorgane, das Verkehrswesen (Militärtransporte), die Volkswirtschaft (Verteidigungsindustrie, der Außenhandel sowie die Nutzung legaler Basen, wie Botschaftspersonal, Korrespondenten u.a. durch die westlichen Geheimdienste zur Beschaffung geheimer Informationen oder zur Vorbereitung geheimer Aktionen.

Dem Band II dieser umfangreichen Dokumentation ist die gleiche Resonanz wie Band I zu wünschen.

## Impressum

**Herausgeber:** Vorstand der ISOR e.V.

**Vorsitzender:** Horst Parton

**Redakteur:** Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

**V.i.S.d.P.:** Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,  
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

**Postanschrift:**

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

**Redaktionsschluss:** 28.10.2019

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 27.11.2019

**Einstellung im Internet:** 06.12.2019

**Auslieferung:** 09.12.2019

**Herstellung:** Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

**Layout:** R. Serinek

**Geschäftsstelle der ISOR e.V.**

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317

Rechtsfragen Peter Ott (Di. u. Do.) – Tel.: (030) 29784315

– Fax: (030) 29784320

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:**

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

**E-Mail:** ISOR-Berlin@t-online.de

**Redaktion:** Isor-Redaktion@t-online.de

**Internet:** <http://www.isor-sozialverein.de>

**Bankverbindung:** Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEVXXX

**Sprechstunden der AG Recht:**

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr  
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 19